



ASSEX Karteikarten ÖFFENTLICHES RECHT

Das Prüfungswissen in Karteikartenform
mit länderspezifischen Formalien

Hessen

Ausgangsbescheid • Widerspruchsbescheid • Urteil/
Gerichtsbescheid • Beschluss • Anwaltsklausur

VerwaltungsR AT • VerwaltungsprozessR •
GrundR • StaatshaftungsR • EuropaR

VerwaltungsR BT (POR • BauR • StraßenR • u.a.)



Öffentliches Recht Hessen

Hier geht es zur
Inhaltsübersicht

Hier geht es zu
den **Karteikarten**

Hier geht es direkt
zum **Artikel**

Klicken Sie auf die Fläche, um direkt zur Inhalts-
übersicht oder zu den Leseproben zu gelangen.



Assessorkarteikarten
Öffentliches Recht
Hessen



Öffentliches Recht

Ausgangsbescheid

Hessen



Öffentliches Recht

Widerspruchsbescheid

Hessen

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Widerspruchsbescheids

Tenor des Widerspruchsbescheids:

- allg. Aufbau
- Sachentscheidung
- Vollstreckbarkeit der Sachentscheidung
- Kostengrundentscheidung
- Kostenfestsetzungsentscheidung
- außerverfahrenerrechtliche Kosten

Begründung des Widerspruchsbescheids



Öffentliches Recht

Urteil/Gerichtsbescheid

Hessen

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Urteils

Tenor des Urteils:

- allg. Aufbau
- Sachausspruch (Anfechtungsklage, Verpflichtungsklage, FFK, Leistungsklage, FK, § 47 VwGO)
- Kostenentscheidung
- Vorläufige Vollstreckbarkeit

Tatbestand des Urteils

Entscheidungsgründe

Rechtsmittelbelehrung

Streitwertbeschluss

Gerichtsbescheid

Einzelrichter

Sonderfall: Übereinstimmende Erledigung

Sonderfall: Einseitige Erledigung

Sonderfall: Teilweise übereinstimmende Erledigung

Sonderfall: Prozessvergleich



Öffentliches Recht
Beschluss/vorl. Rechtsschutz
Hessen

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Beschlusses

Tenor des Beschlusses:

- allg. Aufbau
- Sachausspruch (§§ 80 V, 80a, 123 I VwGO)
- Kostenentscheidung
- Streitwertfestsetzung

Gründe

Rechtsmittelbelehrung

Beiladung/Einzelrichter/Erledigung/ Prozessvergleich



Öffentliches Recht
Anwaltsklausur
Hessen

Inhaltsübersicht

Aufgabenstellungen/Aufbau

Aufbau des RA-Gutachtens

- Handlungsvorschlag
- Zweckmäßigkeitserwägungen

Entwurf eines WS-Schreibens

Entwurf einer Klageschrift

**Entwurf eines Antrags auf vorläufigen
Rechtsschutz**

**Entwurf einer
Klagerwiderung/Antragserwiderung**

Entwurf eines Mandantenschreibens

Jura Inten...



Öffentliches Recht
Verwaltungsrecht AT
Hessen

Inhaltsübersicht

Verwaltungsakt

- Geldleistungen
- Sonderstatusverhältnis
- Aufsichtsmaßnahmen
- Mehrstufiger VA
- Allgemeinverfügung
- Bekanntgabe und Zustellung
- Nichtigkeit eines VA

Rechtmäßigkeitsprüfung eines VA

- Arten des Verwaltungshandelns
- Anhörung Beteiligter
- Heilung und Folgen von Verfahrens- und Formfehlern
- Beurteilungsspielraum
- Rechtsfolgen

Aufhebung von Verwaltungsakten

- Rücknahme von Verwaltungsakten
- Widerruf von Verwaltungsakten
- Spezialgesetze
- Anwendbarkeit des § 48 IV HVwVfG
- Aufhebung im Rechtsbehelfsverfahren

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

Inhalts- und Nebenbestimmungen

Zusicherung

Unzuverlässigkeit

Gewerbebegriff



Öffentliches Recht
Verwaltungsprozessrecht
Hessen

Inhaltsübersicht

Zulässigkeit einer Klage vor dem VG

- Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges
- Klagearten
- Klagebefugnis
- Erfolgloses Vorverfahren
- Untätigkeitsklage
- Klagegegner
- Juristische Personen
- Klagefrist

Klagearten

- Anfechtungsklage
- Gegenstand der Anfechtungsklage
- Reformatio in peius: Begründetheit
- Beurteilung der Sach- und Rechtslage
- Verpflichtungsklage

- Leistungsklage
- Vorbeugender Rechtsschutz
- Fortsetzungsfeststellungsklage
- Feststellungsklage

Klagehäufungen, notwendige Beiladung

Haupt- und Hilfsantrag

Rechtsmittel

Prüfungsschema Zulässigkeit

Widerspruch

Vorläufiger Rechtsschutz



Öffentliches Recht
Kommunalrecht
Hessen

Inhaltsübersicht

Selbstverwaltungsgarantie

Hausrecht

Grundbegriffe

Satzungsrecht

Gemeindeorgane

**Widerstreit der Interessen
(Befangenheit)**

Vertretung der Gemeinde

**Anspruch auf Zugang zu öffentlichen
Einrichtungen**

Kommunalverfassungsstreit

Wirtschaftliche Gemeindebetätigung

Bürgerbegehren

Internes Aufsichtsrecht des BM

**Kommunalaufsichtsrecht und
gemeindliche Aufgaben**



Öffentliches Recht

Grundrechte

Hessen

Inhaltsübersicht

Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde

Begründetheit VB - Freiheits-GR

Begründetheit VB - Gleichheits-GR

Besonders examensrelevante Grundrechte

- Allgemeines Persönlichkeitsrecht:
Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I 1 GG
- Glaubens- und Gewissensfreiheit:
Art. 4 I, II GG
- Meinungsfreiheit: Art. 5 I 1 1. Fall GG

- Kunstfreiheit: Art. 5 III 1 1. Fall GG
- Versammlungsfreiheit: Art. 8 GG
- Freizügigkeit: Art. 11 GG
- Berufsfreiheit: Art. 12 GG
- Unverletzlichkeit der Wohnung:
Art. 13 GG



Öffentliches Recht

Polizeirecht

Hessen

Inhaltsübersicht

Maßnahme der Polizei- oder Gefahrenabwehrbehörden

- Subsidiaritätsgrundsatz
- Störereigenschaft von Hoheitsträgern
- Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit
- Öffentliche Ordnung
- Gefahrbegriffe
- Verstoß gegen StGB oder OWiG
- Störerbegriffe
- Inanspruchnahme von Nichtverantwortlichen (sog. Nichtstörer)
- Rechtsnachfolge in Ordnungspflichten
- Probleme auf der Rechtsfolgenseite

Standardmaßnahmen

Gefahrenabwehrverordnung

Verwaltungsvollstreckungsverfahren

- Verwaltungsvollstreckungsarten
- Besonderheit bei „Abschleppfällen“
- Gestrecktes Verwaltungsvollstreckungsverfahren
- Unmittelbare Ausführung

Spezielle abdrängende Sonderzuweisung



Öffentliches Recht
Staatshaftungsrecht
Hessen

Inhaltsübersicht

Anspruchsgrundlagen im Staatshaftungsrecht:

- Amtshaftungsanspruch
- Folgenbeseitigungsanspruch
- Öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch
- Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch
- Schadensausgleich im Gefahrenabwehrrecht
- Enteignungsgleicher/enteignender Eingriff
- Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse

Jura Intensiv



Öffentliches Recht

Baurecht

Hessen

Inhaltsübersicht

Bauleitplanung

- Bauleitpläne
- Bauleitplanverfahren
- Ermittlungs- und Bewertungsfehler
- Planerhaltungsvorschriften
- Plansicherungsinstrumente

Baugenehmigungsverfahren

- Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung
- Beplanter Bereich
- Befreiung - Dispens
- Unbeplanter Innenbereich
- Außenbereich
- Abgrenzung Innenbereich - Außenbereich

- Bauvorhaben während der Planaufstellung
- Gemeindliches Einvernehmen
- Veränderungssperre, Zurückstellung
- Anspruch aus Bestandsschutz

Drittsschutz im Baurecht

Eingriffsbefugnisse der Bauaufsicht

- Schema Baueinstellung
- Schema Nutzungsverbot/Abrissverfügung
- Sonderprobleme im Rahmen des Ermessens
- Anspruch auf behördliches Einschreiten



Öffentliches Recht
Ausländerrecht
Hessen

Inhaltsübersicht

Systematik des AusländerR

Passpflicht und Aufenthaltstitel

Arten des Aufenthaltstitels

Anspruch auf Aufenthaltstitel

Beendigung des Aufenthalts

Rechtmäßigkeit einer Abschiebung

Prozessuale Besonderheiten

Jura Intensiv



Öffentliches Recht

Beamtenrecht

Hessen

Inhaltsübersicht

Grundwissen zum Beamtenrecht

Grundbegriffe des Beamtenrechts

Rechtliche Grundlagen

Prozessuale Besonderheiten

Jura Intensiv



Öffentliches Recht

Straßenrecht

Hessen

Inhaltsübersicht

**Systematische Einordnung des
StraßenR**

Arten der öffentlichen Sachen

**Abgrenzung StraßenR ↔
StraßenverkehrsR**

**Einstufung der öff. Straßen/Umstufung/
Einziehung/Straßenbaulast/Zuständigkeit**

Gemeingebrauch und Sondernutzung

Jura Intensiv



Öffentliches Recht
Europarecht
Hessen

Inhaltsübersicht

Grundlagen der EU

Rechtsquellen des EU-Rechts

Organe der EU

Prüfung der Grundfreiheiten

Allg. Diskriminierungsverbot

Unionsrechtl. Staatshaftungsanspruch

Jura Intensiv



Öffentliches Recht
Behörde/Rechtsträger
Hessen

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Ausgangsbescheids

Tenor des Ausgangsbescheids:

- allg. Aufbau
- Hauptausspruch
- Anordnung der sofortigen Vollziehung
- Androhung von Zwangsmitteln
- Kostenentscheidung

Begründung des Ausgangsbescheids



Verfahrensrechtl. Teil	Ausgangsbescheid
Aufbau/Formalien (1)	

**HVwVfG/
HVwZG**

Skizziere den Grundaufbau eines Ausgangsbescheids.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Entwurf

Ausgangsbehörde

Ort und Datum

Az.:

Zustellvermerk

Adressat

Betreff

Bezug

Sehr geehrter Herr .../ sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, ich erlasse gegen Sie/gegen Ihren Mandanten, Herrn ..., folgenden

BESCHIED

1. Hauptausspruch
2. Ggf. § 80 II 1 Nr. 4 VwGO
3. Ggf. Androhung von Zwangsmitteln
4. Ggf. Kostenentscheidung

Begründung:

- I.
- II.

Rechtsbehelfsbelehrung

Grüßformel und Unterschrift

- 1. Warum ist die Ausgangsbehörde zu nennen?**
- 2. Was ist bei der Behördenbezeichnung zu beachten?**
- 3. Wann ist eine Zustellung erforderlich?**
- 4. Was ist beim Adressaten zu beachten?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Folgt aus §§ 37 III 1, 44 II Nr. 1 HVwVfG.
2. Die Behörde darf **nicht mit** ihrem **Rechtsträger** (z.B. der Gemeinde/Stadt) **verwechselt** werden. Auch ist strikt **zwischen** der **Behörde** und der **Organisationseinheit zu trennen**, die für die Behörde handelt (z.B. Bauamt).
3. Zustellung ist erforderlich, wenn **gesetzlich vorgeschrieben**. **Wichtigster Fall: § 53 VI HSOG/§ 69 II HVwVG**. Im Übrigen ist es die freie Entscheidung der Behörde, ob sie zustellt. Ist üblich bei **belastenden Verwaltungsakten (VA)**.
4. Wenn der Adressat einen **Bevollmächtigten** bestellt hat und dieser Bevollmächtigte **schriftlich seine Vollmacht** bei der Verwaltung **nachgewiesen** hat, **muss** gem. § 1 I HVwZG i.V.m. § 7 I 2 VwZG **zwingend an ihn zugestellt** werden. Wegen § 1 I HVwZG i.V.m. § 5 IV VwZG ist das Empfangsbekanntnis (EB) als Zustellungsart zu wählen. **Fehlt Bevollmächtigung**, ist die **Postzustellungsurkunde (PZU)** üblich. Bei **einfacher Bekanntgabe** eines VA hat die Behörde bzgl. des Adressaten ein **Ermessen**, § 41 I 2 HVwVfG. **Üblich** ist es aber auch hier, an den **Bevollmächtigten** zu adressieren.



Verfahrensrechtl. Teil	WS-Bescheid
Aufbau/Formalien (1)	

**§ 73
VwGO**

Skizziere den Grundaufbau eines Widerspruchsbescheids.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

WS-Behörde

Az.: ...
Ort und Datum

Adressat

Zustellvermerk

WIDERSPRUCHSBESCHEID

In dem Widerspruchsverfahren
des Herrn ..., (Adresse),

Widerspruchsführers,

- Bevollmächtigter: Rechtsanwalt, (Adresse) -
wegen

ergeht auf den Widerspruch vom gegen den Bescheid des Magistrats der Stadt ... vom ..., Az.: ..., folgende Entscheidung:

1. Sachentscheidung
2. Ggf. § 80 II 1 Nr. 4 VwGO oder § 80 IV 1 VwGO
3. Kostengrundentscheidung
4. Ggf. Kostenfestsetzungsentscheidung
5. § 80 I 1 HVwVfG oder § 80 I 3 HVwVfG
6. Ggf. § 80 II HVwVfG

Gründe:

- I.
- II.

Unterschrift

- 1. Warum ist die Widerspruchsbehörde zu nennen?**
- 2. Warum ist ein Zustellvermerk erforderlich?**
- 3. Was ist beim Adressaten zu beachten?**
- 4. Was ist bei der Bezeichnung des Widerspruchsführers zu beachten?**
- 5. An wen ist der Widerspruchsbescheid im Falle eines Drittwiderspruchs zu richten?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Folgt indirekt aus § 44 II Nr. 1 HVwVfG. Der WS-Bescheid ist zwingend nichtig, wenn er die erlassende Behörde nicht erkennen lässt.
2. Der WS-Bescheid muss gem. § 73 III 1 VwGO zugestellt werden. Die **Zustellung** erfolgt gem. § 73 III 2 VwGO nach den Regelungen des VwZG des Bundes (also **nicht** § 1 I HVwZG zitieren).
3. Wenn der Widerspruchsführer (WF) einen **Bevollmächtigten** bestellt hat und dieser Bevollmächtigte **schriftlich seine Vollmacht** bei der Verwaltung **nachgewiesen** hat, **muss** gem. § 7 I 2 VwZG **zwingend an ihn** zugestellt werden. Eine Zustellung an den Mandanten löst keinerlei Rechtswirkungen aus.
4. Bei der Bezeichnung des WF ist es üblich im **Genitiv** zu verbleiben. Dann muss aber jeweils **hinter der Adresse und dem Wort „Widerspruchsführers“ ein Komma** gesetzt werden. **Alternativ** ist es möglich, in den **Nominativ** zu wechseln. Dann muss die **Bezeichnung „Widerspruchsführer“ allerdings sichtbar aus dem Genitiv-Satz herausgelöst** werden. Das geschieht **durch Parenthese**, also „-Widerspruchsführer-“. Gibt es **mehrere WF**, können sie **entweder nacheinander genannt** und dann als „Widerspruchsführer“ **zusammengefasst** werden. **Oder jeder WF** wird **einzel**n aufgelistet, jeweils versehen mit der Genitiv-Bezeichnung „Widerspruchsführers“. Das bietet sich insbes. an, wenn die WF unterschiedliche Bevollmächtigte haben.
5. Wird der **Dritt-WS zurückgewiesen**, richtet sich der **WS-Bescheid an den WF**. Der **Adressat des Ausgangsbescheids** erhält informatorisch den **WS-Bescheid in Kopie**. Hat der **Dritt-WS Erfolg**, richtet sich der **WS-Bescheid an den Adressaten des Ausgangsbescheids**. Der **WF** erhält einen **verkürzten**, auf seine Interessen zugeschnittenen **WS-Bescheid**, in dem **auf den ausführlicheren WS-Bescheid an den „Unterlegenen“ verwiesen** wird. Letztgenannter WS-Bescheid wird zudem **in Kopie beigelegt**.



Verfahrensrechtl. Teil	Urteil
Aufbau/Formalien (1)	

**§ 117
VwGO**

Skizziere den Grundaufbau eines Urteils.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

VG ...
Az.: ...

**Im Namen des Volkes
Urteil**

In dem Verwaltungsstreitverfahren
des Herrn ..., (Adresse)

- Kläger -

bevollmächtigt: Rechtsanwalt, (Adresse)

gegen

die Stadt ..., vertreten durch den Magistrat, ... (Adresse)

- Beklagte -

beigeladen: ...

bevollmächtigt: ...

wegen

hat das VG ... - 10. Kammer - aufgrund der mündlichen Verhandlung vom ... durch
Vorsitzender Richter am VG

Richter am VG

Richter

ehrenamtlicher Richter

ehrenamtlicher Richter

für Recht erkannt:

Sachauspruch

Kostenentscheidung

Vorläufige Vollstreckbarkeit

Tatbestand
Entscheidungsgründe

Unterschriften

- 1. Warum ergeht das Urteil „Im Namen des Volkes“?**
- 2. Alternativbezeichnungen für „Verwaltungsstreitverfahren“?**
- 3. Was gehört alles zum Rubrum?**
- 4. Was ist bei der Bezeichnung des Klägers zu beachten? Wie ist bei mehreren Klägern vorzugehen?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Wegen § 117 I 1 VwGO.
2. „Verwaltungsrechtssache“, „Verwaltungsrechtsstreit“, „Verwaltungsprozess“.
3. Zum **Rubrum** gehören die Angabe der **Beteiligten** (§ 117 II Nr. 1 VwGO) sowie des **Spruchkörpers** (§ 117 II Nr. 2 VwGO).
4. Bei der Bezeichnung des Klägers ist es im Urteil üblich, in den Nominativ zu wechseln und nicht im **Genitiv** zu verbleiben. Dann muss die **Bezeichnung „Kläger“** **allerdings sichtbar aus dem Genitiv-Satz herausgelöst** werden. Das geschieht **durch Parenthese**, also „- **Kläger** -“. Sollte der **Genitiv beibehalten** werden, muss - wie beim WS-Bescheid - **hinter der Adresse und dem Wort „Klägers“ ein Komma** gesetzt werden.
Gibt es **mehrere Kläger**, ist es ratsam, sie mit „**Kläger zu 1)**“, „**Kläger zu 2)**“ etc. zu kennzeichnen. Die **Zahlen 1., 2.** etc. zu verwenden und dem Namen des Klägers voranzustellen kann zu **Irritationen** führen, wenn im **Tenor einmal eine Nummerierung erforderlich ist**, da dies dann auch mit 1., 2. erfolgt. Die Verwendung **römischer Ziffern** ist **nicht sinnvoll**, weil beim **gerichtlichen Beschluss die „Gründe“ mit „I.“ und „II.“ unterteilt werden**. D.h. die Nummerierung der Kläger/Antragsteller könnte dann bei den gerichtlichen Entscheidungen nicht einheitlich erfolgen.



Verfahrensrechtl. Teil	Beschluss
Aufbau/Formalien (1)	

**§ 122
VwGO**

Skizziere den Grundaufbau eines Beschlusses.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Az.: ...

**Verwaltungsgericht ...
Beschluss**

In dem Verwaltungsstreitverfahren
des Herrn ..., (Adresse)

- Antragsteller -

bevollmächtigt: Rechtsanwalt, (Adresse)

gegen

die Stadt ..., vertreten durch den Magistrat, ... (Adresse)

- Antragsgegnerin -

beigetragen: ...

bevollmächtigt: ...

wegen

hat das VG ... - 10. Kammer - am ... durch

Vorsitzender Richter am VG

Richter am VG

Richter

beschlossen:

1. Sachausspruch
Kostenentscheidung
2. Streitwertfestsetzung

Gründe:

I.

II.

Unterschriften

- 1. Gelten für den Aufbau/die Formalien des Beschlusses grds. die gleichen Vorgaben wie für das Urteil?**
- 2. Nenne bzgl. der Formalien die Unterschiede zum Urteil.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. **Grds. ja. § 122 I VwGO** nennt § 117 VwGO zwar nicht. Jedoch ist der Verweis in § 122 I VwGO **unstreitig nicht abschließend**. Die meisten Vorschriften des 9.+10. Abschnitts der VwGO gelten auch für Beschlüsse. Das gilt auch für § 117 VwGO.

2.
 - Der **Beschluss** ergeht **nicht „Im Namen des Volkes“**.
 - Da §§ 47 VI, 80 V, 80a, 123 I VwGO den Rechtsbehelf als **Antrag** bezeichnen, werden die Parteien „**Antragsteller**“ und „**Antragsgegner**“ genannt.
 - Bei einem Beschluss ist eine **mündliche Verhandlung** gem. **§ 101 III VwGO** nicht zwingend und wegen der Eilbedürftigkeit im vorläufigen Rechtsschutz i.d.R. auch nicht erfolgt. **Deshalb** muss im Rubrum der **Beratungstermin** („aufgrund der Beratung vom“) **oder** der **Entscheidungstermin** („am“) mitgeteilt werden, abhängig von den Angaben in der Klausurakte.
 - **Außerhalb** der **mündlichen Verhandlung** wirken die **ehrenamtlichen Richter** gem. **§ 5 III 2 VwGO** **nicht** mit uns sind daher auch **nicht aufzuführen**.
 - Bei einem Beschluss wird die **Urteilsformel** mit „**beschlossen**“ und **nicht** mit „**für Recht erkannt**“ eingeleitet.
 - **Tenor:**
Da **Beschlüsse** gem. **§ 167 I VwGO i.V.m. § 794 I Nr. 3 ZPO** **aus sich heraus vollstreckbar** sind, **entfällt** die Tenorierung der **vorläufigen Vollstreckbarkeit**. **Stattdessen** wird die **Streitwertfestsetzung** mit in den Tenor aufgenommen, da sie auch durch Beschluss erfolgt (§ 63 II 1 GKG).
 - **Statt Tatbestand und Entscheidungsgründe** wird - wie beim WS-Bescheid - der **Begriff „Gründe“** verwendet.
 - **Statthaftes Rechtsmittel** ist nicht die Berufung, sondern bzgl. der Sachentscheidung die **Beschwerde** gem. **§ 146 I, IV VwGO** und bzgl. der Streitwertfestsetzung die **Beschwerde** gem. **§ 68 I GKG**.

1. Was sind die häufigsten Varianten einer RA-Klausur?
2. Wie wird die rechtliche Prüfung in einer RA-Klausur aufgebaut?

Raum für eigene Anmerkungen:

1. • **Gutachten zu bestimmten Rechtsfragen oder zu den Erfolgsaussichten eines WS/einer Klage/eines Antrags auf Gewährung vorl. Rechtsschutzes.**
 - Entwurf eines **WS-Schreibens**.
 - Entwurf einer **Klageschrift**.
 - Entwurf eines **Antrags auf Gewährung vorl. Rechtsschutzes**.
 - Entwurf einer **Klageerwiderung/Antragserwiderung**.
 - Entwurf eines **Mandantenschreibens**.

2. Auch in einer **RA-Klausur** wird die **Zulässigkeit** des Rechtsbehelfs vor der **Begründetheit** geprüft und nicht umgekehrt. Denn die **Begründetheitsprüfung hängt von den Feststellungen in der Zulässigkeit ab, insbes.** von der **statthaften Klageart**. Ohne Kenntnis der statthaften Klageart ist gar nicht klar, wie die Begründetheitsprüfung aufzubauen ist.

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Wie wird ein RA-Gutachten grds. aufgebaut?
2. Erläutere die einzelnen Bestandteile eines RA-Gutachtens.

Raum für eigene Anmerkungen:

1. **Aufbau RA-Gutachten:**

- a) **Sachbericht**
- b) **Rechtliche Würdigung**

Beachte: Schwerpunkt der Klausur ist **stets** die **rechtliche Würdigung**.

2. a) **Aufbau des Sachberichts**

- **Einleitungssatz (Indikativ Präsens)**
- **Unstreitiger Sachverhalt (Indikativ Imperfekt)**
- **Bisheriger Verfahrensablauf (Indikativ Perfekt)**
- **Ansichten des Mandanten (Konjunktiv Präsens)**
- **Gegenstand des erteilten Mandats (Indikativ Präsens)**

Beachte: **Chronologischer Aufbau** des Sachberichts **jedenfalls dann, wenn noch kein WS-Verfahren/gerichtliches Verfahren anhängig** ist, weil es dann noch nichts Streitiges geben kann, da noch nicht klar ist, was die Gegenseite bestreiten wird.

Die Angaben des Mandanten dürfen als wahr unterstellt werden, es sei denn, aus dem Aktenstück ergibt sich Gegenteiliges.

b) **Aufbau der rechtlichen Würdigung**

- **Zulässigkeit** des Rechtsbehelfs
- **Begründetheit** des Rechtsbehelfs
- **Zweckmäßigkeitserwägungen**
- **Handlungsvorschlag** (alternativ am Anfang der rechtl. Würdigung oder vor Sachbericht).

Beachte: Darstellung im **Urteilsstil**. Auf **Rechtsansichten des Mandanten** ist **zwingend einzugehen**.

1. Wo ist der Verwaltungsakt definiert?
2. Definiere die zentralen VA-Merkmale „Behörde, Regelung, Einzelfall, Außenwirkung“. Wovon grenzen diese Merkmale ab?

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die **Legaldefinition** des VA findet sich in **§ 35 S. 1 VwVfG**.

2a) **Behörde:**

Def.: § 1 IV VwVfG. Grenzt ab vom Rechtsträger der Behörde, der **juristischen Person** des öff. Rechts. Ferner Abgrenzung zu den **Organen** der juristischen Personen des **Privatrechts**, wie z.B. dem Vorstand.

2b) **Regelung:**

Def.: Rechtsverbindliche Anordnung, die auf die **Setzung** einer **Rechtsfolge** gerichtet ist, d.h. **Auferlegung einer Pflicht, Verleihung eines Rechts oder verbindliche Feststellung der Rechtslage. Grenzt ab** vom tatsächlichen Handeln/Realakt.

2c) **Einzelfall:**

Def.: Ganz bestimmter Sachverhalt (= konkret) wird für eine ganz bestimmte Person (= individuell) geregelt. Grenzt ab vom Gesetz (= abstrakt-generell).

2d) **Außenwirkung:**

Def.: Maßnahme ist final darauf **gerichtet**, **Rechtswirkungen bei einer Person** zu erzeugen, die **außerhalb** des handelnden **Verwaltungsträgers** steht. **Grenzt ab** vom **Rechtsreflex** und dem **Verwaltungsinternum**.

**Handelt es sich bei der Gewährung einer Geldleistung durch die Verwaltung um einen Verwaltungsakt?
Begründe Deine Antwort.**

Raum für eigene Anmerkungen:

Nach **h.M.** ist entscheidend, ob der **Schwerpunkt des behördlichen Handelns** auf der **tatsächlichen Auszahlung** des Geldes liegt (dann **Realakt**) **oder** ob er bei der **vorgelagerten Entscheidung** liegt, die **Geldzahlung** überhaupt **zu gewähren** (dann **VA**). Für diese Schwerpunktbildung soll es insbes. darauf ankommen, **wie komplex** die **Entscheidung** über die Geldzahlung ist.

Nach der **Gegenauffassung** führt die Abgrenzung über eine **Schwerpunktbildung** zu **unvorhersehbaren Ergebnissen**. Nach dieser Ansicht ist die **Gewährung einer Geldleistung grds. kein VA**, weil die **Regelungswirkung fehlt**. **Ausnahmen:**

- **Gesetz verlangt** den vorherigen Erlass eines **VA**, z.B. § 48 III 4 HVwVfG.
- Vorheriger Erlass eines **VA** ist Voraussetzung, um einen **Rechtsgrund für die Zahlung** zu schaffen, z.B. Erlass eines Subventionsbescheids, damit der Empfänger die Auszahlung der Subvention begehren kann.

Beachte: Die gleiche Streitfrage existiert bzgl. der Erteilung einer behördlichen **Auskunft**.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	Prozessrecht
Zulässigkeit einer Klage vor dem VG	



Stelle die einzelnen Punkte der Zulässigkeit einer verwaltungsgerichtlichen Klage dar.

Raum für eigene Anmerkungen

Jura Intensiv

Zulässigkeit

I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges

- 1. Justizfreie Hoheitsakte**
- 2. Aufdrängende Sonderzuweisungen**
- 3. Generalklausel des § 40 I 1 VwGO**
- 4. Abdrängende Sonderzuweisungen**

II. Statthafte Klageart: § 88 VwGO

III. Klagebefugnis: § 42 II VwGO

IV. Erfolgloses Vorverfahren: § 68ff. VwGO

V. Klagegegner: § 78 I Nr. 1 VwGO

VI. Klagefrist: § 74 VwGO

VII. Beteiligten- und Prozessfähigkeit: §§ 61, 62 VwGO

VIII. Evtl. allgemeines Rechtsschutzbedürfnis

1. Welche aufdrängenden Sonderzuweisungen sind examensrelevant? In welchen Konstellationen sind diese zu prüfen? Was ist die Konsequenz in der Klausur?
2. Welche Merkmale sind im Rahmen der Generalklausel des § 40 I 1 VwGO zu prüfen?
3. Welche examensrelevanten abdrängenden Sonderzuweisungen gibt es?

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Examensrelevante aufdrängende Sonderzuweisungen finden sich in **§ 54 I BeamStG (Landesbeamte)** sowie in **§ 126 I BBG (Bundesbeamte)**. Sie erfassen Streitigkeiten aus einem **Beamtenverhältnis**, d.h. der Rechtsstreit muss **im weitesten Sinne im Beamtenrecht wurzeln** (extensive Auslegung).
Sollte § 54 I BeamStG/§ 126 I BBG vorliegen, ist **§ 40 I 1 VwGO nicht mehr anzusprechen**.

2. § 40 I 1 VwGO:

a) **Öffentlich-rechtliche Streitigkeit**

b) **Nichtverfassungsrechtlicher Art**

c) **Keine abdrängende Sonderzuweisung**

3. Eine examensrelevante **abdrängende Sonderzuweisung** ist insbes. **§ 40 II 1 VwGO** für das **StaatshaftungsR.** Daneben kommt im POR noch **§ 23 I 1 EGGVG** in Betracht (*vgl. Karteikarten POR*).

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	KommunalR
Selbstverwaltungsgarantie (1)	

Art. 28 II GG

- 1. Definiere den Begriff Selbstverwaltungsgarantie.**
- 2. Wo finden sich die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Handelns der Gemeinde im GG und in der HV?**
- 3. Nenne die unter die Selbstverwaltungsgarantie fallenden Gemeindehoheiten.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Unter Selbstverwaltungsgarantie der Gemeinde versteht man:

Alle Angelegenheiten, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder einen spezifischen Bezug zu ihr haben. Dieser Bezug kann dabei historischer oder räumlicher Art sein.

2. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen für das Handeln der Gemeinde finden sich sowohl in **Art. 28 II 1 GG** als auch landesspezifisch in **Art. 137 I, III HV**.

3. Zu den Gemeindehoheiten zählen:

- a) **Die Organisationshoheit**
- b) **Die Personalhoheit**
- c) **Die Planungshoheit**
- d) **Die Finanzhoheit**
- e) **Die Satzungshoheit**
- f) **Die Kulturhoheit**
- g) **Die Gebietshoheit**
- h) **Die Daseinsvorsorge (= Auffanghoheit)**



Mat.-rechtlicher Teil	KommunalR
Selbstverwaltungsgarantie (2)	

**Art. 28 II
GG**

Bestimme den Inhalt der Gemeindehoheiten.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. **Organisationshoheit** = Gemeinde entscheidet selbständig über **innere Verw.-Organisation** (z.B. Einrichtung von Ämtern, Dezernaten).
2. **Personalhoheit** = Gemeinde kann in eigener Verantwortung **Bedienstete einstellen, befördern und entlassen**.
3. **Planungshoheit** = Recht der Gemeinde, ihr **Gebiet selbständig zu beplanen, insbes.** durch den Erlass von **B-Plänen**.
4. **Finanzhoheit** = eigenverantwortliche **Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft**.
5. **Satzungshoheit** = Recht der Gemeinde, **zur Regelung eigener Angelegenheiten abstrakt-generelle Normen** zu schaffen, z.B. Benutzungssatzung für das Gemeindezentrum.
6. **Kulturhoheit** = Recht der Gemeinde, **Kultureinrichtungen zu schaffen und zu unterhalten**, z.B. städtisches Theater.
7. **Gebietshoheit** = **jede Person/Sache**, die sich **im Gemeindegebiet** befindet, ist der **Rechtsmacht der Gemeinde unterworfen**, hat also insbes. die von der Gemeinde erlassenen Rechtsverordnungen und Satzungen zu beachten.
8. **Daseinsvorsorge** = **Auffang-TB**, erfasst alle Selbstverw.-Angelegenheiten, die nicht den anderen Gemeindehoheiten zu gewiesen werden können.



Mat.-rechtlicher Teil	Grundrechte
Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	

**Art. 94 I
Nr. 4a
GG**

Nenne die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde (VB).

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde: Art. 94 I Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90ff. BVerfGG

I. Zuständigkeit des BVerfG: Abgrenzung zum Landesverfassungsgericht

Beachte: Das Landesverfassungsgericht ist in Hessen der StGH mit Sitz in Wiesbaden.

II. Beschwerdefähigkeit/Beteiligtenfähigkeit/Grundrechtsfähigkeit

Def.: Jedermann, der Träger von Grundrechten oder grundrechtsgleichen Rechten sein kann.

III. Prozessfähigkeit/Grundrechtsmündigkeit:

Def.: Fähigkeit, Prozesshandlungen selbst oder durch einen selbst bestimmten Vertreter vorzunehmen.

Beachte: Abzustellen ist dabei auf die individuelle **Einsichtsfähigkeit** des Beschwerdeführers.

IV. Beschwerdegegenstand: Jeder Akt der öffentlichen Gewalt.

V. Beschwerdebefugnis:

1. Substantiierte Behauptung des Beschwerdeführers, durch den Akt der öffentlichen Gewalt in einem seiner Grundrechte oder grundrechtsgleichen Rechte verletzt zu sein.
2. Selbst, gegenwärtig und unmittelbar betroffen.

VI. Rechtswegerschöpfung/Subsidiarität: Beschwerdeführer muss alle prozessualen Möglichkeiten zur Beseitigung der Grundrechtsverletzung in Anspruch genommen haben. Insbesondere darf er keinen zulässigen Rechtsbehelf versäumt haben.

VII. Form und Frist: §§ 23 I 1, 92, 93 I, III BVerfGG.



Mat.-rechtlicher Teil	Grundrechte
Begründetheit VB - Freiheitsgrundrechte	

**Art. 94 I
Nr. 4a
GG**

Nenne die Voraussetzungen für die Begründetheit einer Verfassungsbeschwerde bzgl. der Freiheits-Grundrechte.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Beachte: Die Verfassungsbeschwerde ist begründet, soweit in eines der **Grundrechte oder grundrechtsgleichen Rechte** des Beschwerdeführers **eingegriffen** wurde **und** der Eingriff **nicht verfassungsrechtlich gerechtfertigt** ist.

I. Schutzbereich

- 1. Persönlicher/personeller Schutzbereich**
- 2. Sachlicher Schutzbereich**

II. Eingriff in den Schutzbereich: Klassischer und mittelbarer Eingriffsbegriff

III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs in den Schutzbereich

- 1. Festlegung der Schranke**
- 2. Schranken-Schranken**
 - a) Verfassungsmäßigkeit des eingreifenden formellen Gesetzes**
 - aa) Formelle Verfassungsmäßigkeit:** Zustandekommen des Gesetzes
 - bb) Materielle Verfassungsmäßigkeit:** Insbesondere Verhältnismäßigkeitsprinzip
 - b) Ggf. Verfassungsmäßigkeit des eingreifenden materiellen Gesetzes**
 - c) Ggf. Verfassungsmäßigkeit des Einzelaktes:** Verhältnismäßigkeitsprinzip



Mat.-rechtlicher Teil	POR
Maßnahme Polizei-/Gefahrenabwehrbehörden (1)	

**Allg.
POR**

Stelle die Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Maßnahme der Polizei oder Gefahrenabwehrbehörden am Beispiel der Generalklausel dar. Definiere dabei auch die Tatbestandsmerkmale.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

I. Rechtsgrundlage der Maßnahme

Spezialermächtigung: z.B. § 14 I, II 1 HVersFG.

Standardmaßnahme: § 12ff. HSOG

Generalklausel: § 11 HSOG (Auffangnorm).

II. Formelle Rechtmäßigkeit

1. Zuständigkeit: §§ 1, 2, 81ff. HSOG

Grds. zuständig: Behörde der allg. Verw. (GVorstand/Magistrat), §§ 1 I 1, 82 II 1 HSOG.

Eilfallkompetenz: Allg. Ordnungsbehörde (BM/OB als örtliche Ordnungsbehörde), §§ 1 I 1, 2 S. 1, 85 I 1 Nr. 4, 89 II 1 HSOG.

Polizei (Polizeipräsidium), §§ 1 I 1, 2 S. 1, 94 S. 1 HSOG.

Zwischen der allg. Ordnungsbehörde und der Polizei gilt der **Grundsatz der Erstbefassung**, d.h. wer mit der Gefahr zuerst konfrontiert wird, wehrt sie auch ab.

Beachte: **Ausschließliche Zuständigkeit** der allg. Ordnungsbehörde in den Fällen des **§ 1 HSOG-DVO**. **Sonderordnungsbehörden** wehren gem. **§ 90 HSOG** zwar auch Gefahren ab, stehen aber **außerhalb des „normalen“ Behördenaufbaus** (= Ministerien, Regierungspräsidien, Kreisverwaltungen, Stadt- und Gemeindeverwaltungen). **Bsp.:** Bergämter. Sie handeln nach Spezialgesetzen, dürfen aber gem. § 3 I 3 HSOG ergänzend auf das HSOG zurückgreifen. Zum **Subsidiaritätsgrundsatz** des **§ 1 III HSOG** und zum Problem der sog. **Störereigenschaft von Hoheitsträgern**: s. die speziellen Karteikarten.

2. Verfahren/Form: §§ 28, 37 II, 39 I HVwVfG, falls ein VA vorliegt.

Fortsetzung folgt auf der nächsten KK



Mat.-rechtlicher Teil	POR
Maßnahme Polizei-/Gefahrenabwehrbehörden (2)	

**Allg.
POR**

Fortsetzung der vorangehenden Karteikarte („Maßnahme Polizei-/Gefahrenabwehrbehörden (1)“)

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

III. Materielle Rechtmäßigkeit

1. Tatbestand

a) Schutzgutbetroffenheit:

aa) Öffentliche Sicherheit:

Def.: Schutz der gesamten Rechtsordnung, aller Individualrechtsgüter sowie des Bestandes und der Funktionsfähigkeit des Staates und seiner Einrichtungen.

bb) Öffentliche Ordnung:

Def.: Gesamtheit aller **ungeschriebenen** Verhaltensregeln, deren Beachtung nach herrschender Anschauung Voraussetzung für ein geordnetes Zusammenleben ist (**subsidiär gegenüber öff. Sicherheit, selten**).

b) Konkrete Gefahr

Def.: Aus **ex ante** Perspektive besteht die hinreichende Wahrscheinlichkeit, dass es in absehbarer Zeit zu einer Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit oder öffentlichen Ordnung kommen wird.

c) Verantwortlichkeit: §§ 6, 7, 9 HSOG

Def.: Kausal für eine Gefahr ist derjenige, dessen Verhalten bzw. dessen Sache **unmittelbar** die **Gefahr setzt** und damit die Gefahrenschwelle überschreitet (**Theorie der unmittelbaren Verursachung**).

Fortsetzung folgt auf der nächsten KK

Welche Anspruchsgrundlagen kommen im Staatshaftungsrecht insbesondere in Betracht?

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. **Amtshaftungsanspruch:** *Art. 34 S. 1 GG i.V.m. § 839 I 1 BGB*
2. **Folgenbeseitigungsanspruch/ öff.-rechtlicher Unterlassungsanspruch/ öff.-rechtlicher Erstattungsanspruch**
3. **§ 64 HSOG:** Gefahrenabwehrrecht
4. **Enteignungsgleicher und enteignender Eingriff/Anspruch aus Aufopferung und aufopferungsgleicher Eingriff**
5. **Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse** (*analoge Anwendung des BGB-Schuldrechts*)

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	StaatshaftungsR
Amtshaftungsanspruch (1)	

Art. 34 GG, § 839 BGB

1. Was für eine Rechtskonstruktion liegt dem Amtshaftungsanspruch zugrunde?
2. Welche Voraussetzungen hat der Amtshaftungsanspruch?

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Dem Amtshaftungsanspruch liegt als Rechtskonstruktion eine sog. **übergeleitete Haftung** zugrunde. Das bedeutet, **über § 839 I 1 BGB** entsteht für eine **juristische Sekunde** eine **Haftung in der Person des Beamten als Privatperson**. Diese **Haftung** wird **gem. Art. 34 S. 1 GG** dann **übergeleitet auf den Staat**. Der Staat haftet also so wie sein **Beamter als Privatperson haften würde**.

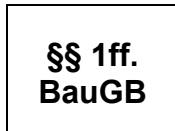
Diese Grundkonstruktion wirkt sich bei den Prüfungspunkten „§ 839 I 2 BGB“ und „Rechtsfolge“ aus (*s. dazu die nachfolgenden Karteikarten*).

2. **Voraussetzungen des Amtshaftungsanspruchs:**
 - a) **Handeln in Ausübung eines öffentlichen Amtes**
 - b) **Amtspflichtverletzung**
 - c) **In Ausübung** (= Amtspflichtverletzung ist dem hoheitlichen Handeln zurechenbar)
 - d) **Drittbezug der verletzten Amtspflicht**
 - e) **Verschulden**
 - f) **Kausalität zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden**
 - g) **Ausschlussgründe**
 - h) **Rechtsfolge: Schadensersatz, §§ 249ff. BGB**
 - i) **Passivlegitimation/Anspruchsgegner**

Zuständiges Gericht: Streitwertunabhängige Zuständigkeit des LG, Art. 34 S. 3 GG i.V.m. § 40 II 1
3. Fall VwGO i.V.m. § 71 II Nr. 2 GVG.



Mat.-rechtlicher Teil	BauR
Bauleitpläne	



- 1. Was sind die Bauleitpläne? Wodurch unterscheiden sie sich?**
- 2. Welche Rechtsnatur haben die Bauleitpläne? Wie können sie gerichtlich überprüft werden?**

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Bauleitpläne sind gem. § 1 II BauGB der **Flächennutzungsplan (F-Plan)** und der **Bebauungsplan (B-Plan)**.

Der **F-Plan** ist der **vorbereitende Bauleitplan**, er legt die **Grundzüge der gemeindlichen Planung** fest, § 5 I 1 BauGB. **Pro Gemeinde** gibt es **nur einen F-Plan**, damit die Gemeinde stets einen Gesamtüberblick über die Bebauung in ihrem Gebiet hat. Entsprechend „grob“ sind die Darstellungen im F-Plan.

Der **B-Plan** ist der **verbindliche Bauleitplan**, er **setzt** die Vorgaben des **F-Plans in konkrete Festsetzungen um** und ist **aus dem F-Plan zu entwickeln**, § 8 II 1 BauGB (sog. **Entwicklungsgebot**). **I.d.R.** gibt es pro Gemeinde **mehrere B-Pläne**.

2. Der **F-Plan** ist nach h.M. ein **Rechtsakt sui generis**, weil er als vorbereitender Bauleitplan **grds. nur nach innen wirkt**. Er kann daher **grds. auch nicht direkt angegriffen** werden. Eine Überprüfung ist **nur indirekt möglich, indem der B-Plan mit dem Argument angegriffen** wird, der **zugrunde liegende F-Plan sei fehlerhaft** und damit unwirksam. Eine **Ausnahme** gilt für **diejenigen Darstellungen** des F-Plans, die **kraft Gesetzes Außenwirkung** haben, insbes. § 35 III 3 BauGB. Sie (aber auch nur diese Darstellungen) können unmittelbar angegriffen werden, nach h.M. analog § 47 I Nr. 1 VwGO, nach a.A. gem. § 47 I Nr. 2 VwGO i.V.m. § 15 HessAGVwGO. Der **B-Plan** ist gem. § 10 BauGB eine **Satzung** und kann gem. § 47 I Nr. 1 VwGO mit der Normenkontrolle überprüft werden.



Mat.-rechtlicher Teil	BauR
Bauleitplanverfahren	

**§§ 1ff.
BauGB**

Stelle den groben Ablauf eines Bauleitplanverfahrens dar.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Schritt: **Planaufstellungsbeschluss** (fakultativ).
2. Schritt: **Frühzeitige Beteiligung** der **Öffentlichkeit** und **Unterrichtung** der **betroffenen Behörden** (= die Behörden, die den Bauleitplan bei ihrer Aufgabenwahrnehmung zu beachten haben, z.B. Straßenbaubehörde), §§ 3 I, 4 I BauGB.
3. Schritt: **Erstellung** der **Planentwürfe**.
4. Schritt: **Auslegung** der **Planentwürfe**, **Beteiligung** der **Öffentlichkeit** und **Stellungnahmen** der **betroffenen Behörden**, §§ 3 II, 4 II BauGB.
5. Schritt: **Überarbeitung** der Planentwürfe.
6. Schritt: **Beschluss** des **Bauleitplans** durch die Gemeindevertretung / Stadtverordnetenversammlung oder im **Falle der Abänderung des Bauleitplans** infolge der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung **nochmalige Auslegung** gem. § 4a III BauGB.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil

AusländerR

Systematik des AusländerR

**Allg.
AusIR**

- 1. In welchen Gesetzen ist das Ausländerrecht im Wesentlichen geregelt?**
- 2. In welchem Verhältnis stehen die Gesetze zueinander?**
- 3. Wie kann das allgemeinere Gesetz grds. unterteilt werden?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Das **AusländerR** ist im AufenthG und im FreizügG/EU geregelt.
2. Das **FreizügG/EU** ist **lex specialis**, § 1 II Nr. 1 **AufenthG**. Es regelt Einreise und Aufenthalt von **EU-Bürgern und ihren Familienangehörigen**. Diese stehen unter einem besonderen europarechtlichen Schutz, **vgl. Art. 21 AEU**.
§ 11 I **FreizügG/EU** regelt, welche Bestimmungen des AufenthG auf EU-Bürger entsprechend anzuwenden sind.
3. Das **AufenthG** als das **allgemeinere Gesetz** lässt sich in **2 große Bereiche** unterteilen:
§§ 1-49b **AufenthG** befassen sich primär mit **Einreise und Aufenthalt** im Bundesgebiet.
§§ 50-70 **AufenthG** normieren die **Beendigung des Aufenthalts**. **Daneben** gibt es noch **Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften** in §§ 71-74, §§77-85 **AufenthG**.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	AusländerR
Passpflicht und Aufenthaltstitel	



- 1. Müssen Ausländer für die Einreise und den Aufenthalt im Bundesgebiet Besitzer eines Passes sowie Inhaber eines Aufenthaltstitels sein?**
- 2. In welcher Form wird der Aufenthaltstitel erteilt?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. **Grds. ja, §§ 3 I, 4 I 1 AufenthG, es sei denn, sie sind kraft Gesetzes von dieser Pflicht befreit.** Für die **Passpflicht** sind **Befreiungen** in **§§ 2ff. AufenthV**, für die **Aufenthaltstitel** in **§§ 15ff. AufenthV** normiert
Insbes. **EU-Bürger** bedürfen gem. **§ 2 IV 1 FreizügG/EU** **keines Aufenthaltstitels**. Sie erhalten **lediglich** gem. **§ 5 I FreizügG/EU** eine **amtliche Aufenthaltsbescheinigung** als Legitimationsdokument.
2. Der Aufenthaltstitel wird gem. **§ 4 I 2 AufenthG** erteilt als:
- Visum
 - Aufenthaltserlaubnis
 - Blaue Karte EU
 - Niederlassungserlaubnis
 - Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	BeamtenR
Grundwissen zum BeamtenR	



- 1. Was ist kennzeichnend für einen Beamten? Wie unterscheidet er sich vom Richter?**
- 2. Was ist der öffentliche Dienst?**
- 3. Wie unterscheidet sich ein Beamter von einem Angestellten im öffentlichen Dienst?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Für einen Beamten sind **folgende Merkmale kennzeichnend:**

- **beschäftigt** bei einer **jur. Person des öff. Rechts**
- steht in einem **öff.-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis**
- ist **dauerhaft** mit der **Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben** betraut.

Abgrenzung zum **Richter**. Der **Richter** ist im Gegensatz zum Beamten **weisungsunabhängig**, hat **ansonsten** aber eine **beamtenähnliche Stellung**.

2. Zum **öff. Dienst** gehören **alle Personen**, die **bei einer jur. Person des öff. Rechts beschäftigt** sind.

3. Ein **Angestellter** steht im Gegensatz zum Beamten **nicht** in einem **öff.-rechtlichen Dienstverhältnis**, **sondern** hat einen **zivilrechtlichen Arbeitsvertrag** mit einer jur. Person des öff. Rechts. Er **wird** folglich auch **nicht** nach den Besoldungstabellen **besoldet**, sondern nach einem **Tarifvertrag** bezahlt.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	BeamtenR
Rechtliche Grundlagen (1)	



Erläutere kurz den Inhalt des Art. 33 II-V GG.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Art. 33 II GG:

Normiert das sog. **Prinzip der Bestenauslese**. Nur die dort genannten Kriterien dürfen dem Zugang zu einem öff. Amt zugrunde gelegt werden.

Leistung = Fachwissen, Fachkönnen, Bewährung im Amt.

Befähigung = Allgemeinwissen, Begabung, Lebenserfahrung.

Eignung = alle sonstigen geistigen, körperlichen, charakterlichen Eigenschaften.

2. Art. 33 III GG:

Wiederholt an sich nur **Art. 3 III 1 7.+8. Fall GG**, ist **aber** gegenüber Art. 3 III 1 GG **spezieller**. Wird **geprüft wie ein Verstoß gegen** den allg. Gleichheitssatz aus **Art. 3 I GG** (Ungleichbehandlung und verfassungsrechtliche Rechtfertigung).

3. Art. 33 IV GG:

Institutionelle Garantie des Berufsbeamtentums, da nur Beamte in einem öff.-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen.

4. Art. 33 V GG:

Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums sind nur solche **Strukturprinzipien**, die **mindestens seit der Weimarer Zeit anerkannt** sind, z.B. Alimentationsprinzip, Anspruch auf Vollbeschäftigung, Streikverbot, Pflicht zur Treue zur Verfassung. Eine **einfach-gesetzliche Konkretisierung** findet sich **in den Beamtengesetzen** des Bundes und der Länder in dem Abschnitt über die Rechte und Pflichten der Beamten, z.B. §§ 60ff. BBG, §§ 45ff. HBG.



Mat.-rechtlicher Teil	StraßenR
Systematische Einordnung des StraßenR	



- 1. Zu welchem übergeordneten Rechtsbereich gehört das Straßenrecht?**
- 2. Definiere die Voraussetzungen für die Eröffnung dieses Rechtsbereichs.**

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Das **StraßenR** gehört zum **Recht der öffentlichen Sachen**. Das sind **Regelungen bzgl. Sachen**, die durch ihren **Gebrauch öffentlichen Zwecken** dienen.
2. **Voraussetzung** für die Eröffnung des Anwendungsbereichs des Rechts der öffentlichen Sachen ist, dass **eine öffentliche Sache vorliegt**. Das **setzt wiederum voraus**:
 - **Widmung**
 - = **Rechtsakt**, durch den eine Sache zu einer öffentlichen Sache erklärt und ihre **öffentliche Zweckbindung festgelegt** wird.
Die Widmung erfolgt **häufig per dinglichem VA** gem. **§ 35 S. 2 2. Fall HVwVfG**.
Soweit gesetzlich nicht eine ausdrückliche Widmung vorgesehen ist, kann sie auch konkludent erfolgen.
 - **Indienststellung**
 - = **tatsächliche, offizielle Nutzung** der Sache.
Die Indienststellung ist ein **Realakt**. **Solange** sie **nicht erfolgt** ist, ist eine bereits erfolgte **Widmung schwebend unwirksam**.



Mat.-rechtlicher Teil	StraßenR
Arten der öffentlichen Sachen	

**Allg.
StraßenR**

Welche Arten der öffentlichen Sachen gibt es? Erläutere sie.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Es gibt **4 Arten**:

- Öff. Sachen im **Gemeingebrauch**
= öffentliche Sache steht **jedermann ohne besondere Zulassung zur Verfügung**, z.B. öffentliche Straßen, Gewässer in ihrer Eigenschaft als Wasserwege.
- Öff. Sachen im **Anstaltsgebrauch**
= die **Nutzung** der öff. Sache **bedarf** einer **behördlichen Erlaubnis**, z.B. Zugang zum Theater oder Museum.
Die Zulassung kann konkludent erfolgen, z.B. durch automatischen Einlass in das Schwimmbad nach Zahlung des Eintrittsentgelts.
- Öff. Sachen im **Sondergebrauch**
= die öff. Sache steht **i.d.R. nicht jedermann**, sondern **nur demjenigen zur Verfügung**, der eine **besondere Erlaubnis besitzt**, z.B. Nutzung eines Gewässers zu wasserwirtschaftlichen Zwecken (Entnehmen und Ableiten von Wasser).
- Öff. Sachen im **Verwaltungsgebrauch**
= die öff. Sache **wird von der Verwaltung zur Erfüllung ihrer Aufgaben genutzt**, z.B. Dienstwagen des BM, Büro im Rathaus.
Grds. kein Nutzungsrecht des Bürgers, es sei denn, die Nutzung wird ihm gestattet, z.B. Zutritt zum Bürgeramt im Rathaus.

Raum für eigene Anmerkungen:

1. **Worauf basiert die Europäische Union?**
2. **Was stellt die EU nach dem Vertrag von Lissabon dar? Von was ist die EU abzugrenzen?**
3. **Ist die EU rechtsfähig bzw. völkerrechtsfähig?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die **Basis** der Europäischen Union stellen der **EU-Vertrag** sowie der **AEU-Vertrag** (=Vertrag über die Arbeitsweise der EU) dar.
Dabei enthält der **EU-Vertrag** die **Grundlagenbestimmungen**, der **AEU-Vertrag** demgegenüber die **Detailregelungen**.

2. Die EU ist laut **Art. 1 III 3 EUV** **Rechtsnachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft (EG)**, die damit untergegangen ist. Damit stellt die EU - wie die EG früher - heute eine **supranationale Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit** (*BVerfG: Staatenverbund*) dar. Dies bezeichnet eine **internationale Organisation, welche unabhängig von der Willensbildung in den Mitgliedsstaaten in bestimmten Bereichen für diese verbindliche Rechtsregeln erlassen kann**.

Einen **Staat** stellt die **EU nicht** dar, da ihr die **Kompetenz-Kompetenz fehlt** (= Befugnis, sich selbst neue Zuständigkeiten zu schaffen, vgl. Art. 5 I, II EUV).

Eine **reine internationale Organisation** liegt ebenfalls **nicht** vor, da das **EU-Recht zum Teil unmittelbar innerstaatlich gilt** und Vorrang vor dem nationalen Recht haben.

3. Die **EU** besitzt laut **Art. 335 AEUV** **eigene Rechtspersönlichkeit**. Ferner besitzt die **EU** auch **partielle Völkerrechtsfähigkeit**, d.h. sie darf im Rahmen der ihr übertragenen Kompetenzen völkerrechtliche Abkommen schließen, **Art. 47 EUV i.V.m. Art. 218 AEUV**.

1. Welche beiden Rechtsquellen werden im Rahmen des EU-Rechts unterschieden?
2. Nenne die Bestandteile dieser beiden Rechtsquellen.

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die Rechtsquellen des EU-Rechts lassen sich in das sog. **primäre EU-Recht** und das **sekundäre EU-Recht** aufspalten.

- 2.a) Das **primäre EU-Recht** kann in **folgende Bestandteile** untergliedert werden:
 - aa) **EU-Vertrag, AEU-Vertrag samt Anhängen, Protokollen, Ergänzungen und Änderungen**
 - bb) **Grundrechte-Charta, Art. 6 EUV**
 - cc) **Ungeschriebenes Primärrecht/allgemeine Rechtsgrundsätze**, z.B. Rückwirkungsverbot, Bestimmtheitsgebot, Verhältnismäßigkeitsprinzip (vgl. Art. 2 EUV).

- b) Das **sekundäre EU-Recht** findet sich **insbesondere** in **Art. 288 AEUV** wieder und kann in **folgende Bestandteile** untergliedert werden:
 - aa) **Verordnung**: Art. 288 II AEUV
 - bb) **Richtlinie**: Art. 288 III AEUV
 - cc) **Beschlüsse**: Art. 288 IV AEUV
 - dd) **Empfehlungen und Stellungnahmen**: Art. 288 V AEUV

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	Allg. LandesR
Behörde und Rechtsträger	

HGO/ HKO/ HSOG/ HBO
--

Nenne die examensrelevantesten Behörden in Hessen und ihren Rechtsträger.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Behörde

GVorstand/Magistrat

BM/OB

Kreisausschuss

Landrat

Landrat als Behörde der
Landesverwaltung

RP

Polizei

Landesminister

Rechtsträger

Gemeinde/Stadt

Gemeinde/Stadt

Landkreis

Landkreis

Land (**Organleihe**,
§ 55 II HKO)

Land

Land

Land

Jura Intensiv



ASSEX Karteikarten ÖFFENTLICHES RECHT HESSEN

Das Prüfungswissen in Karteikartenform

Hier geht's zum Shop!